

## Preussentien.

| Preis:     | 100 | 200 | 300 | 400 | 500 | 600 | 700 | 800 | 900 | 1000 |
|------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|------|
| Einzelheft | 10  | 20  | 30  | 40  | 50  | 60  | 70  | 80  | 90  | 100  |
| Einzelband | 10  | 20  | 30  | 40  | 50  | 60  | 70  | 80  | 90  | 100  |
| Einzelband | 10  | 20  | 30  | 40  | 50  | 60  | 70  | 80  | 90  | 100  |
| Einzelband | 10  | 20  | 30  | 40  | 50  | 60  | 70  | 80  | 90  | 100  |
| Einzelband | 10  | 20  | 30  | 40  | 50  | 60  | 70  | 80  | 90  | 100  |

Alle Bestellungen der Abonnenten  
müssen an die Redaktion  
eingesandt werden.

Redaktions-Bureau  
Burggasse Nr. 1157.

## Die Donau.



Eigenthümer und verantwortlicher Redakteur:  
Ernst von Schwarzer.

## 3. Section.

|                                       |    |
|---------------------------------------|----|
| Die 3 halbjährigen Beiträge betragen: |    |
| Bei 1 maliger Auszahlung 6 fr.        | 6  |
| 2 "                                   | 12 |
| 3 "                                   | 18 |
| 4 "                                   | 24 |
| 5 "                                   | 30 |
| 6 "                                   | 36 |

Zur Vertheilung von Schriften, Karten, Kupfer, öffentliche Verordnungen immer um 1 fr. weniger.

Expediti- und Anzeigengeld-Entwurf:  
Hauptstadt Nr. 1111

## Wien, den 23. März.

Das wir heute von der Wiener Konferenz hören, sagt das Journal de l'Empire, läßt uns einen friedlichen Ausgang hoffen, ändert aber nichts an unserer Verpflchtung, unsere Rechte und legitimen Ansprüche aufrecht zu halten. In dieser Hinsicht weiß das Journal de l'Empire mit großer Befriedigung auf die Haltung Oesterreichs hin, das auf der Mobilisirung der Bundescontingente besteht und durch die Befestigung Preussens jeden Fall seine Allianz mit dem Westen unauflöslich macht.

Wie lesen in einer Wiener Correspondenz des Constitutionnel: Endlich haben die Konferenzen heute begonnen und, wie leider vorauszusetzen war, ist Preußen auf denselben nicht vertreten. Nach herkömmlicher diplomatischer Sitte wurde noch in den letzten Tagen eine regelmäßige Einladung an das Berliner Cabinet und an den Grafen von Bismarck gerichtet. Man sagt, daß die definitive Antwort Preußens in gewohnter Weise zweideutig war, daß sie aber ein sonderbares Gemisch von Empfindlichkeit, Recriminationen und Drohungen sei.

Der Constitutionnel warnt seine Leser vor einer Depeche, welche von einer friedlichen Note Oesterreichs und einer projectirten Note des Königs von Preußen nach Dresden, sowie von vertraulichen Unterhandlungen spricht, die Oesterreich, das stets vermittelndes auftritt, neben der Wiener Konferenz mit Ausland angeknüpft habe. Aus der friedlichen Note Oesterreichs sei kein Schluß zu ziehen, denn die russische Diplomatie führe stets friedliche Worte im Munde. Was die Vermittlerrolle betrifft, die Oesterreich unternehmen werde, so genügen wenige Worte, um das Mißverständnis zu beseitigen. Oesterreich kann in der orientalischen Frage schon aus dem Grunde das Schiedsrichtersamt nicht übernehmen, weil es sich um einen Streit beteiligter Staat ist. Es ist Verhältnissen eingetragene, die es an eine der kriegsführenden Mächte stellen. Der Kaiser gegenüber verpflichtete es sich, in gewissen wohlbedachten Fällen das russische Gebiet zu vertheidigen; Frankreich gegenüber verpflichtete es sich, Ausland den Krieg zu erklären, wenn Ausland nicht binnen drei Wochen nachgegeben hat. Die bloße Thatsache der Annahme der Vermittlerrolle würde einem Bruch dieser Verpflichtungen gleichkommen. In dem Augenblicke, schließt der Constitutionnel, wo eine verlässliche Angabe Oesterreichs geheime Schritte unterrichtet, welche die Freigabe und Gleichheit seiner Politik zeigen trafen, meldet man und das Heldengemüthe Hefig täglich mit den ihm beigegebenen französischen Offizieren zusammenkommt, um den combinirten Operationsplan auszuarbeiten, der in den ersten Apriltagen (?) zur Ausführung kommen könnte. Was übrigens von diesem Artikel des Constitutionnel zu halten ist, darüber wird ein Brief unseres 2. Correspondenten im Morgenblatt Aufschluß geben.)

Wie die Nordd. Ztg. von „zuverlässiger Seite“ in Erfahrung bringt, ist Herr v. Bismarck durch den Telegraphen nach Berlin beiseidehen worden, um über die Bewilligungen, die sich aus den Recriminationen Oesterreichs und Frankreichs gegen das Verhalten Preußens in der Bundesversammlung ergeben, mündlich Rücksprache zu nehmen.

Dem Chronicle wird aus Wien vom 18. telegraphirt: Gestern fand die zweite Konferenz statt. Das erste Protocoll wurde bekräftigt. Es enthält die Auslegung der vier Punkte als Generalbasis der Unterhandlungen. — Die vier Punkte werden nach einander discutirt werden. — Gestern bildete der erste Punkt, der sich auf die Fürstenthümer bezieht, den Gegenstand der Discussion. Sie wurde vertagt. — Der Verlauf ist sehr günstig und nichts kann verlässlicher sein als die Stimmung des kaiserlichen Hofes und des Herrn von Tischoff. — Oesterreich besteht unverrückt auf den Ansichten der Schwäbische.

Aus Paris wird der Turner Democratia geschrieben, daß die piemontesischen Truppen die Avantgarde des Kaisers Napoleon bilden sollen. In diesem Falle werde die Expedition im April abgehen und Napoleon III. beghe sich an der Spitze von 50,000 Mann nach der Krain, aus welchen das Lager von St. Peter zu bestehen hat.

Es heißt, wir unter 2. Correspondent aus dem Königreich Polen schreibt, daß Alexander II. mit Bestimmtheit Anfangs Mai Warschau und seine im Königreich Polen stehenden Heere, namentlich seine Krieger, die

Garden und Grenadiere, deren oberster Chef er bis zu seiner Thronbesteigung gewesen ist, besuchen wird, weshalb Polen sehr bald einem bewegteren Leben entgegenzusehen dürfte. Die Subsidien in Warschau wird er im Sommer erfolgen, nachdem die Stadt Moskau dem Kaiser gebührend hat.

Aus dem Königreich Polen wird dem Gaz über die bereits mitgetheilte Nachricht von der in der Nacht vom 12. zum 13. März stattgehabten Accurirung noch nachträglich gemeldet, daß man in dieser seit 15 Monaten vorgenommenen vierten Aushebung nicht weniger als 20,000 Mann aus dem Königreich zur Armee abgeführt hat. Besonders stark war die Aushebung in den Landtheilen auf dem linken Weichselufer. Niemals noch hat man übrigens so viel Militärschiffe mit sich abgehenden Jüngern angetroffen als diesmal; allein diese grausame Selbstverwundung hat wenig genützt, da man mehrere Hundert der zu Verwundeten doch zur Armee genommen hat. Der vierte Theil etwa von den 20,000 Accurirten besteht aus verheirateten Männern und Familienvätern. Betreffs der Emancipation der Bauern wird berichtet, Kaiser Paskevitch habe den Befehl erhalten, beim Eintritt gewisser kriegsgerichtlicher Criminalitäten die Aushebung des Zehnthelms zu proclamiren, jedoch nicht ganz ohne Rücksicht auf die Rechte der Gutsherrscher. Das Gerücht scheint indes wenig begründet. — Die Stellung der Armeen im Königreich hat in der jüngsten Zeit keinerlei Veränderung erfahren.

Aus Petersburg meldet man uns über Berlin, daß der Leibarzt des verstorbenen Kaisers, Dr. Mandt, Ausland eilig und geheim verlassen habe. Man machte ihm zum Vorwurfe, daß er dem hohen Patienten so lange verhehelt habe, daß seine Lunge afficirt sei. Außerdem wird gemeldet, daß Dr. Mandt die Patienten für den Kaiser, statt sie von einem Arzt heilen zu lassen, als Homöopath selbst zusammengestellt habe. In Petersburg drohte dem Leibarzt Gefahr, die Waisen(?) waren gegen ihn ausgerollt und Kaiser Alexander soll dem Doctor haben rathen lassen, sich aus Russland zu entfernen.

Unter Berlin theilen wir einen Auszug aus den letzten Verhandlungen der zweiten Kammer mit, in welchen sich die Stellung und Ansichten der verschiedenen Parteien klar abzeichnen.

In einer telegraphischen Nachricht der Hamb. Nachr. aus Constantinepel, 12. März, findet sich folgende Stelle: Die Oesterreicher sollen die Donau-Linie bis zur Grenze Besarabiens zum Zwecke der Donauschiffahrt besetzen. Sollte diese Nachricht in irgend einem Zusammenhang mit der bis jetzt unentwundenen Kischeneff-Depeche stehen, welche wir vor einiger Zeit erhalten haben?

In Athen und Constantinepel machte die Nachricht vom Tod des Kaisers Nikolaus einen tiefen Eindruck. Das Journal de Constantinepel widmet dem Verewigten einen Nachruf, in welchem sie ihn als den Träger der Eroberungspolitik Peters des Großen charakterisirt; von seinem Nachfolger erwartet sie, daß er, ein Anhänger der gemäßigten „deutschen“ Partei, sich als ein friedlicher Nachbar zeigen werde.

Oesterreichische Circular-Depeche vom 5. März.  
(Schluß der von der Wiener Zeitung mitgetheilten Mittheilung.)

Wien, am 5. März 1855.

Als wir Euch . . . mittels des Grafen vom 28. Februar davon unterrichteten, daß die österreichische Delegation in Belkichtung des Bundesabschlusses vom 8. desjenigen Monats in der Sitzung der Bundesversammlung vom 22. gemachte Vorlage von dem kaiserlich preussischen Bundeskanzler Grafen Bismarck worden sei, war uns nach der Ansicht erlaubt, ob diese unter Vorbehalt der Abgabe einer schriftlichen Erklärung vorerst nur mündlich erhobenen Einwendungen wirklich in die Verhandlungen der Bundesversammlung übergehen würden.

Mit einem seitdem eingetroffenen Verdict hat uns aber der kaiserliche Bundes-Präsident, Grafen die hier in Abschrift beifolgende Erklärung eingekundet, welche Herr v. Bismarck nachträglich in das Protocoll der erwähnten Sitzung eingetragen hat.

Reizter von Protocoll hat sofort die gleichfalls hier abgeschrieben anliegende Gegenäußerung abgegeben.

Wir sind sonach nunmehr in dem Falle, den Ansichten, die wir bereits in dem Erlaße vom 28. Februar dargelegt haben, auf die uns jetzt vorliegende

offizielle Erklärung Preussens Anwendung zu geben, und wir haben demgemäß nicht nur die Vertheilung, zu welcher der kaiserliche Präsident Bewandtlich voranlagt gefunden hat, auf das entchiedenste gebilligt, sondern auch den Grafen Metternich beauftragt, in den Beratungen der Bundesversammlung seine Ungelegenheit darüber zu lassen, daß die kaiserliche Regierung, falls die von ihr gesandte Mittheilung der Ständesliste der kaiserlichen Armee von der Bundesversammlung im Sinne der preussischen Erklärung beanstandet, oder falls in irgend einer andern Weise dieser Erklärung eine practische Folge gegeben würde, sich zu einer nach Form und Inhalt vollkommen bestimmten Verwahrung bewegen können müßte.

Die Regierung, welcher wir den gegenwärtigen Erlaß als jenen vom 28. ergänzend gefälligst mittheilen wollen, wird, wie wir zweifelnd hoffen, vollständig das Gewicht der Gründe zu würdigen wissen, die uns die zweifelsfreie Bekräftigung unserer einstimmig gegenwärtig bereitigten Resolution, welche das königlich preussische Cabinet zu unserm Bedauern mit dem Bundesbeschlusse vom 8. Februar für vereinbar hält, zur Pflicht machen.

Empfänglich Diesellen die Versicherung: meiner vollkommenen Hochachtung. (gez.) Hr. Buol.

#### Preussen.

Die hohen vernommene Erklärungen des kaiserlich österreichischen Herrn Gesandten scheinen von der Voraussetzung auszugehen, daß durch den Beschluß vom 8. c. den nach denselben berechnigten contingenten Vorzugswerte die Zustimmung angeschlossen sei, zur Deckung derjenigen Gebiete verwendet zu werden, welche durch die Verträge, denen der Bund durch die Beschlüsse vom 21. Juli und 9. December v. J. beirathet, unter den Schutz gemeinsamer Abwehr gestellt worden sind. Der Gesandte vermag die Voraussetzung in dem Inhalte des Beschlusses vom 8. Februar und der demselben vorausgegangenen Verhandlungen nicht begründet zu finden, sieht sich vielmehr veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn eine weitere Deutung des Beschlusses vom 8. erforderlich und das Material für dieselbe zunächst aus den Motiven zu entnehmen sein würde, auf welche die zum Beschlusse erhobenen Auslassungs-Anträge sich gründen, in diesen ausdrücklich hervorgehoben ist, daß das Nothwendigkeit zur Erfüllung der durch den Beschluß vom 9. December v. J. abgenommenen Verpflichtung zu scheitern nicht nachsteht, ist, daß aber die Sorge für die nach Artikel II der Bundesacte dem Bunde obliegende Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands, der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der deutschen Staaten, den Bund in den Fall setzt, Vorbereitungen zu treffen, um diesen Obliegenheiten genügen zu können, und daß endlich die für den Bund bereitzuhaltenden Streitkräfte nach jeder Richtung hin vergrößernd getrachtet werden.

#### Abthritt.

Der kaiserlich österreichische Präsidialgesandte erwidert:

Die kaiserliche Regierung betrachtet allerdings den Bundesbeschlusse vom 8. Februar, welcher die von der Bundesversammlung am 21. Juli und 9. December beschlossenen Beschlüsse vom 9. December vorgelegt und von den bei der orientalischen Angelegenheit vereinigten Auswärtigen bezeugten und zur Annahme empfohlenen Anträge zum Beschlusse erhob, für die weitere Entwicklung der Bundesbeschlüsse vom 21. Juli und 9. December. — Da von Seite meines verehrten Collegen, des königlich preussischen Herrn Gesandten, eine andere Ansicht ausgesprochen wird, so muß es der kaiserlichen Regierung um so dringlicher erscheinen, über ihre eigene Auffassung seine Zweideutigkeit schweben zu lassen. Es wird an dem Bunde liegen, zu erörtern, ob er einen Auspruch über die Frage, welche von den beiden Auffassungen die richtige ist, für nöthig erachtet.

Weiter kann der k. l. Präsidialgesandte nicht umhin, zu bemerken, daß nicht die Motive einer Auslassungsvorlage, sondern die Anträge Gegenstand der Abtnehmung sind, und die Zustimmung zu den Anträgen nicht die Zustimmung zu den Motiven selbstredend in sich schließt. Oesterreich insbesondere hat seiner Zustimmung die Erklärung beizufügen für zweckmäßig erachtet, daß es die Motive des Oesterreichs nicht anerkenne. Nebst dem würde aus dem Umstände, daß, wie das Oesterreich behauptet, die Nothwendigkeit zur Erfüllung der durch den Bundesbeschlusse vom 9. December abgenommenen Verpflichtung zu scheitern nicht nachgewiesen ist, nicht gefolgert werden können, daß sie überhaupt nicht besteht, und die Auswärtigen haben dies sicher nicht beabsichtigt, da sie nicht erklären, noch nicht in der Lage zu sein, darüber ein Urtheil sich bilden zu können, ob sich an die demalst schwebenden Verhandlungen gütliche Einigungen für Wiederbeilegung des allgemeinen Friedens knüpfen lassen oder nicht.

#### Antliches.

Wien. Sc. f. l. Apollonische Majestät haben mit Allerhöchstem Handb. schreiben vom 10. l. M. Allerhöchstdem Herrn, Philipp Ludwig Grafen Zaitz Gencis, die Würde eines wirklichen geheimen Rathes tassel und dem Hausinspector im ungarischen Oberhofe, Sc. Schwab, in Anbetracht seiner mehr als fünfzigjährigen eifrigen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädig zu verleihen geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Bestärkungen: Der Major Anton Zehn des l. zum Oberlieutenant und Commandanten des l. Gardeinfanterie-Regiments, der Rittmeister Joseph Krieger des 19. und Rudolph Wetzlar des 7. Gardeninfanterie-Regiments, zu Majors; beide beim 7. Gardeninfanterie-Regimente. Mit den Stabsbeschießungs-Funktionen wurden beauftragt die Rittmeister: Johann Winter des 4., beim 19. und Nikolaus Karisch des 14. beim 15. Gardeninfanterie-Regimente.

Ernennungen: Der Oberlieutenant Karl Ritter Ventler v. Porta-Somafina des 10. zum Commandanten des 4. Gardeninfanterie-Regiments.

Erhebungen: Der Major Franz Welter v. Tappferheim zum 7. zum 8. Gardeninfanterie-Regimente.

Pensionirungen: Der Generalmajor und Brigadier Vincenz Graf Kienitz, der Oberlieutenant Johann Nepomuk von den Altherbögern Namen St. f. l. Apollonischen Majestät fübrenden 1. Feldartillerie-Regiments, der Major Joseph Kienitz des Uhlanen-Regiments Kaiser Alexander von Rußland Nr. 11 als Oberlieutenant und der Hauptmann Georg Stabler des Infanterie-Regiments König von Hannover Nr. 42, als Major.

[Briefausgabe im Jahre 1854.] Wie sich aus der nachfolgenden zusammenfassenden Darstellung ergibt, hat 1854 innerhalb der ganzen Monatsreihe 46,789,500 Zind Briefe zur Ausgabe gelangt — ein Ergebniss, welches die nächstfolgenden, auch schon günstigen Jahre doch bedeutend zurückbleibt. Es hat nämlich die Briefausgabe im Jahre 1853 eine Gesamtsumme von 41,711,000 Zind, 1852 von 36,591,800 Zind, 1851 (dem ersten nach der Trennung) von etwas über 31 Millionen, also gegen 1854 um 15 Millionen Stück weniger, erzielte. Daß aber diese Steigerung keineswegs schon auf ihrem Höhepunkte stehe, erweist gleich der erste Monat des gegenwärtigen Jahres, wo gegen Januar 1854 neuerdings um über eine halbe Million mehr Briefe an die Postanstalt zur Beförderung gelangen.

Wien. [Bulletin vom 21. März.] Ihre kaiserliche Hoheit befinden sich heute besser, und da gegründete Hoffnung vorhanden ist, daß die eingezeichnete Besserung im Gefühls-Hörsinn derselben so fortwährend blühte, so werden keine Bulletins mehr erscheinen.

Dr. Janoschik m. p.

Deutschland. Berlin, 21. März. Der auf der Tagesordnung befindliche Bericht der Commission zur Verrichtung des Legationswesens, betreffend die Deckung des außerordentlichen Geldbedarfes der Militär-Verwaltung, hatte die Thätigkeit der zweiten Kammer schon vor dem Beginn der Sitzung mit einem zahlreichen Publikum gefüllt. Präsident Graf Schwerin eröffnete die Sitzung und machte dann im Hinblick auf die Noth, einer hiesigen Zeitung über ihn, worin gesagt wird, er habe wohl wegen Abwesenheit des Herrn v. Vinke die Sitzung dem Vizepräsidenten, die persönliche Bemerkung, es sei ihm nicht um den außerordentlichen Bundes-Geldbedarf, obwohl er die Annahme eines so hohen Ausgaben-Maltes gewünscht habe, sondern weil Mitglieder der Rechten die Belegung gewünscht hätten. Die Kammer tritt der Meinung des Präsidenten bei, er ist General, dann die artillerische Veranlassung, bei Verrichtung des Legationswesens, Vorgelegtes die Abtnehmung über den Rechten-Geldbedarf, und schließlich nach einem Antrage Reichensperger (Nein) geschlossen, die Abtnehmung über die propositionen der Rechten vorzunehmen. Es beginnt hierauf die Berathung.

Am der Debatte haben wir folgendes von allgemeinem Interesse hervor: Der Ministerpräsident: Die Bemerkungen, die er über den Bericht der Commission machen wollte, hätten wesentlich den Zweck, die Frage auf ihr ursprüngliches Gebiet zurückzuführen. Die Annahme aller Ausgaben, der Umfang, daß diese und jenen sich unserer Grenze näherten, hätten der Regierung die Pflicht auferlegt, ebenfalls die genügenden Heereskräfte anzubieten, um Preußen gegen Angriffe zu verteidigen, sowie eine eventuelle Selbsttheilnahme am Kampfe, wo Pflicht oder Interesse sei erforderlich, zu sichern. Das hohe Haus habe hierzu die nöthigen Geldmittel bewilligt, die Regierung dieselben häufig gemacht und nur einen geringen Theil davon verwendet. Die Kämpfe hätten indess an Ausdehnung gewonnen, und die Regierung habe sich genöthigt, die Disposition über den noch unverwendeten Theil des Credits unter Reichenspergersablage in Betreff des verwendeten zu verlangen. Wie verhalte sich diesen finanziellen Verhältnissen gegenüber die Commission? Sie erkenne dieselben an, habe zwar die eine hervorragende feierliche Zustimmung und die andere die Rechten nicht in beträchtlichen Verhältnissen zu befehlen. Er wolle dies nicht betrachten. Seiner Meinung nach liege es sowohl in den finanziellen Verhältnissen, sowie in den geographischen und militärischen Verhältnissen, daß die auswärtige Politik des Bundes vom Landesherren und nicht von den Kammer gemacht werde. Trotzdem übernehme er die volle Verantwortlichkeit seiner Politik. Die eingehende Erörterung, die der Commission vorliegt über die gesamte Politik der Regierung gegeben, könne ihm nicht zurechnen. Die Regierung sei sich bewußt, dem Lande den Frieden erhalten zu haben. Bedenke man indes, wie in dem Commissionsbericht sich zeige, eine Verletzung der Verträge in der Regierung, so müge man es offen sagen. Der untrübbare Tadel der Commission, der ungenügenden Verhältnisse, die die Politik der Regierung, der Rechten beantragt Verwerfung der Rechten und der Commissionsvorlage.

Der Vertreter d. h. der Vorwurf betrafte, daß die Commission zu feierlich sei, so habe der Ministerpräsident nicht berücksichtigt, daß sie nur getabelt, wie man nicht rechtzeitig energisch eingeschritten sei und den Frieden herbeigeführt habe. Ferner habe der Ministerpräsident bemerkt, die Commission sei unzufrieden, weil Preußen sich noch nicht gebunden. Er sei nicht der Meinung, daß es in der Politik absolute Wahrheiten gebe. Viele Wege führten zu demselben Ziel. Man habe der Regierung nur den Vernein gemacht, daß sie nicht einen Weg eingeschlagen sei. Auch jetzt sei die Regierung gebunden und habe sich den Weg der freien Entscheidung durch ihre verschiedenen Stipulationen selbst verschaffen.

Abgeordneter Hartert: Seine und seiner Freunde Politik sei einfach, es sei die Politik Friedrichs des Großen und der alte Altkreis derselben sei England.



